

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer,

ich habe heute die Ehre, die vermutlich letzte Haushaltsrede in diesem Rat für diese Wahlperiode zu halten. Gleichzeitig ist es meine erste Haushaltsrede überhaupt.

Zu Beginn möchte ich noch einmal meinem Genossen Niels Holger Schmidt danken, der hier in den letzten Jahren zuverlässig immer die Finger in die richtigen Wunden gelegt hat.

Danke, lieber Niels, für Deinen unermüdlichen Einsatz für die soziale Gerechtigkeit in unserer Stadt!

Im kommenden Jahr wird jedoch niemand in irgendeiner Weise auf Missstände beim Haushalt hinweisen können, denn heute wird ein Doppelhaushalt beschlossen, auch für das Jahr 2026, sodass es nächstes Jahr keine Haushaltsdebatte geben wird.

Das ist natürlich komfortabel, weil man nicht in Konflikt mit der Kommunalwahl, der Konstituierung des neuen Rates und sich ggf. ändernden Mehrheiten kommt.

Aber letztlich entzieht man sich damit vor allem der öffentlichen Debatte um die grundsätzliche Ausrichtung des städtischen Handels.

Der jährliche Höhepunkt unserer Kommunalen Demokratie, bei dem verschiedene Parteien unterschiedliche Entwürfe für Prioritäten im nächsten Jahr vorlegen, damit zur Information und zur politischen Willensbildung in Bottrop beitragen, wie es verfassungsgemäß unser Job ist, fällt einfach weg. Das ist es nicht wert, nur um weniger Sitzungen machen zu müssen.

Wir nehmen all ihre Vorwürfe, wir veranstalteten mit unseren Anträgen ein Wunschkonzert, gerne zur Kenntnis. Da ist ja auch wenig Neues dabei. Der OB hat ja schon bei seiner Rede zur Einbringung des Haushalts sinngemäß gefordert, man möge möglichst keine Haushaltsanträge stellen, weil wir uns eh nichts leisten können.

Und Sie sind frustriert, dass sie jedes Jahr aufs Neue Dutzende Anträge zum Haushalt von uns Sozialisten beraten müssen.

Glauben Sie mir, für uns ist es genauso frustrierend, wenn sich jedes Jahr auf neue zwei handvoll Ehrenamtlicher in unserem kleinen Büro an ihrem freien Wochenende zusammensetzen, um mühsam den Haushalt durchzuarbeiten, nur um feststellen zu müssen, dass sich genau dieselben Fehler jedes Jahr weiter fortsetzen und verschlimmern.

Aber genau das unterscheidet uns von SPD und CDU im Bottroper Rat.

Während Sie stets den Weg des geringsten Aufwandes für sich gehen, ganz egal welche Einschnitte das für die Bottroper Bevölkerung bedeutet; verstehen wir den Eid, den wir bei unserer Verpflichtung alle geleistet haben, zum Wohl der Bottroperinnen und Bottroper zu handeln, so, dass wir auch in der Haushaltsberatung all jene Vorschläge

einbringen, die für die Menschen in unserer Stadt dringend nötig sind.

Genau wie ÖDP und FDP haben auch SPD und CDU keinen einzigen Vorschlag zu Haushalt oder Haushaltssicherungskonzept gemacht. Die Grünen haben noch weit nach der eigentlichen Frist eine Handvoll Anträge eingereicht, nur um sie dann überwiegend wieder zurückzuziehen.

Die Leute, die nächstes Jahr Ihre Kommunalwahlkämpfe managen, müssen doch die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Wie wollen Sie denn in irgendeiner Weise herausstellen, wofür Sie stehen?

Warum sollten die Leute jemanden zum Oberbürgermeister wählen wollen, der nicht einen Vorschlag zum Doppelhaushalt für die nächsten zwei Jahre hat?

Und wenn die demokratischen Fraktionen auf Dauer so sehr die politische Debatte vermeiden, wie Sie es tun, dann öffnet das Spielräume, die die Feinde unserer Demokratie zu ihrem Vorteil

nutzen können. Schauen Sie sich nur die Rede der AfD an.

Während Sie nichts inhaltliches zu ihrer politischen Prioritätensetzung bei diesem Haushalt beitragen, kann die AfD den Mangel an konkreten Sachfragen in der Diskussion nutzen, um ihre platzierten hetzerischen Inhalte besser zur Schau zu stellen.

Dabei hätten Sie die Gelegenheit gehabt, konkrete Themen zu platzieren, um die sich die Debatte hätte drehen können. Dann würden solche Reden mit solchen Inhalten wie bei der AfD völlig anders da stehen.

Nicht einmal Ihre Werbeslogans unterscheiden sich wesentlich. Der neue Oberbürgermeister soll wirklich entschieden werden zwischen "Bottrop kann mehr" und "#FrankKanns"?!

Von "Bottrop kann mehr" kann ich bei der SPD nichts erkennen. Nicht ein Antrag zu irgendeinem "Mehr" für die kommenden zwei Jahre in dieser Haushaltsdebatte.

Oder ist das etwa eine ehrliche Selbstkritik? Bottrop kann mehr als in den letzten Jahren Bernd Tischler? Bottrop kann mehr als mit jahrzehntelangen SPD-Mehrheiten? Wenn Bottrop so viel mehr kann, warum setzen Sie es dann nicht längst um? Oder kümmern sich nicht wenigstens darum, eine Kommunalfinanzierung zu erstreiten, mit der das in Zukunft möglich wird?

Auf der anderen Seite “#FrankKanns” - und das fällt mir schwer zu glauben. Denn der Frank konnte ja bei einem Drittel der Ratssitzungen in dieser Wahlperiode nicht einmal anwesend sein. Und in den Sitzungen, in denen er anwesend war, konnte er bisher nicht einen einzigen Redebeitrag halten.

Das einzige Mal, dass Herr Kien in den Protokollen des Rates seit 2020 auftaucht, ist als er einmal vom Kollegen Stamm dafür gerügt wurde, während der Sitzung Fußball geschaut zu haben.

Was auch immer der Frank kann, den Haushalt der Stadt mitgestalten ist es offensichtlich nicht.

Stattdessen bekommt man auf ihren Internetauftritten, Herr Buschfeld, Herr Kien, vor allem unkonkrete Phrasen und zahlreiche Portraits.

Dabei würden ein bisschen weniger Worthülsen und Fototermine mit Bratwurst, dafür mehr politische Debatte über Gestaltungswünsche für Bottrop unserer Stadt sehr gut tun.

Was wir nicht gebrauchen können, ist, weiter in einer Situation zu verharren, in der eine Mehrheit des Rates schlichtweg vor der Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes resigniert und der nichts mehr diskutiert oder entscheidet.

Dann können wir uns die nächste und auch die übernächste Kommunalwahl besser sparen und eine Menge Geld für anderes ausgeben.

Eigentlich müsste man, wenn das so weiter geht, nur noch einen Grüßaugust wählen, der rote Bändchen durchschneidet, und einen Insolvenzverwalter, der uns erzählt, was wir uns alles nicht mehr leisten können.

Wenn Sie von CDU und SPD weiter so agieren, können wir uns den ganzen Rest schenken.

Und das finde ich wirklich traurig.

Der Entwurf des Kämmerers vom Sommer wird ohne irgendeine Ergänzung oder Änderung aus den gewählten Gremien beschlossen. Da kann schon die Frage aufkommen, wofür man die Leute in diese Gremien überhaupt wählt.

Dabei wollen wir ja das Gegenteil erreichen: Von Demokratie überzeugen, indem wir beweisen, dass wir konstruktive Veränderungen herbeiführen können.

Doch so ein Kürzungsprogramm beschädigt die kommunale Demokratie, wenn es genutzt wird, um sich jeder politischen Debatte zu entziehen.



Sie werfen uns auch Ahnungslosigkeit vor, wenn es beispielsweise darum geht, dass wir kritisieren, dass es viel zu wenig Angebote für Kinder und Jugendliche gibt. Und wir sagen auch weiterhin:

Es gibt zu wenige, in der Vergangenheit wurden zu viele eingestellt und zu wenig neue geschaffen.

Nun spricht Herr Buschfeld ernsthaft davon, wie viele gute neue Angebote im Jugendhilfeausschuss beraten worden seien oder sagt, in diesem Bereich stünden wir so gut da wie seit mindestens 20 Jahren nicht mehr.

Glauben Sie ernsthaft, dass das der Eindruck ist, den Kinder und Jugendliche und deren Eltern in Bottrop haben?

Vor Kurzem erst beklagten sich Studenten der HRW in der WAZ, dass sie hier keine Aktivitäten finden und für alles Mögliche in Nachbarstädte reisen müssen. "Bottrop verpasst eine riesen Chance", sagen sie.

Bei der Jugendbefragung in der Innenstadt, die es kürzlich gab, waren die Top-Antworten auf die Frage nach Lieblings Freizeitorien in Bottrop: Oberhausen und Essen.

Und das liegt nicht daran, dass die Kinder so viel Geld beim Shopping im Centro lassen können, sondern ganz einfach daran, dass es in anderen Städten eine Vielfalt an Möglichkeiten zum Aufenthalt, eine Vielfalt von Treffpunkten und Freizeitaktivitäten gibt, die hier fehlen.

Welcher Vater, welche Mutter könnte nicht mindestens ein Angebot für ihre Kinder nennen, dass sie in Bottrop schmerzlich vermissen?

Und wer solche Zustände herstellt, der darf sich über schlechte Entwicklungen, etwa in Sachen Jugendgewalt oder Integration, nicht wundern.

Ich greife jetzt auf etwas zurück, das Sie und die Sozialdezernentin ja auch angepriesen haben als Reaktion auf meine Kritik in der Haushaltsdebatte: Das neue Familienportal.

Machen wir mal live gemeinsam das Experiment, ich suche jetzt auf dem Portal nach Ferienangeboten für Kinder von 10 bis 16 Jahren in Bottrop.

Sie hatten ja unseren Antrag abgelehnt, etwas wie den Bottrop-Pass neu aufzulegen und um einen Ferienpass zu ergänzen für Kinder, deren Eltern sich keine Urlaubsreise leisten können. In Duisburg ist man genau diesen Schritt wieder gegangen und erlebte dort einen vollen Erfolg.

Wenn ich jetzt also nach diesen Angeboten suche, bekomme ich vier Ergebnisse: Den Kinderferienzirkus, der ja das öffentlichkeitswirksamste Ziel der Kürzungen bisher war. Dann haben wir das Spielmobil, was auch in der Kürzungsliste auftaucht, mit einer Stelle, deren Wegfall angeblich zu keinen Einschränkungen führen soll. Und den Spielraum sowie das Netzwerk für offene Kinder- und Jugendarbeit.

Liebe SPD, denkt ihr ernsthaft, dass das in einer 120.000 Einwohner Stadt ausreicht, um für alle Kinder, deren Familien in den Ferien nicht in den Urlaub können, ein ausreichendes Angebot zur Teilhabe an Freizeitaktivitäten zu schaffen?!

Ich bin mir auch sicher, es gibt noch das eine oder andere Angebot mehr und das Portal befindet sich noch im Aufbau, aber in der Summe bleibt es zu wenig - auch außerhalb der Ferien. Und es würde auch nicht reichen, nur Angebote zu haben; es muss den Leuten auch aktiv zugänglich gemacht werden.

Wir finden:

Dieser Doppelhaushalt verschärft auf unerträgliche Weise die soziale Schieflage unserer Stadt. Und das gefährdet die kommunale Demokratie.

Es gibt kein Geld für kostenloses Mittagessen an den Schulen, kein Geld für neue Lehrschwimmbecken, keine Planung einer dritten Feuerwache für den Bottroper Süden, keine Sicherstellung guter Löhne für die

Gebäudereinigung und Security, keinen Ersatz für weggefallene Kulturräume wie den Saalbau, kein dringend nötiger Ausbau des ÖPNV oder günstige Tickets für Menschen in Armut und Kinder.

Für das alles haben wir Anträge gestellt, die Sie abgelehnt haben.

Und wir warnen auch weiter vor den massiven Kürzungsplänen im Haushaltssicherungskonzept. Vieles davon halten wir für so unverantwortlich, dass wir bei mehr als 50 Maßnahmen beantragt haben, auf sie zu verzichten.

Doch auch alle diese Kürzungsmaßnahmen können nicht einmal im Ansatz ausreichen, um zu soliden Kommunalfinanzen zu kommen. Denn dafür bräuchte es grundsätzliche Änderungen, insbesondere für das Land NRW, welche Sie bis heute nicht bereit sind, juristisch einzufordern.

Trotzdem sind diese Kürzungen so erheblich, dass sie jeder in Bottrop spüren wird und deren

Auswirkungen nur schwer vollumfänglich zu begreifen sind.

Inhalte des HSK sind unter anderem Kürzungen beim Kommunalen Ordnungsdienst, beim Übergang Schule und Beruf, bei Führerscheinstelle und Zulassungsstelle, beim Masterplan Klimastadt, beim Projekt Bildungskommune, beim Programm "Jedem Kind ein Instrument", beim gerade erst teuer erweiterten Museum, bei psychosozialer Beratung für Jugendliche, bei Rentenberatung, beim ÖPNV, beim Klimaschutz, beim Artenschutz, bei Sparkasse und BEST.

Es bleibt wirklich kein Bereich verschont.

Die Erreichung unserer Klimaziele muss um bis zu 10 Jahre verschoben werden, alleine durch die finanzielle Strangulierung durch das HSK. Auch deswegen, weil Klimaschutz in NRW für Kommunen als freiwillige Aufgabe gilt, die das Land nicht finanzieren muss. Das provoziert Folgeschäden, die für NRW in die Milliarden gehen werden.

Weitere wichtige Projekte - wie kostenloses Mittagessen in Schulen, Rekommunalisierung von Gebäudereinigung u.a., Verkehrswende oder eine dritte Feuerwache für den Süden - kommen auf Jahre nicht voran.

Auch die Bezirke haben weiterhin viel zu geringe Budgets, mit denen nicht einmal das Nötigste zu machen ist, geschweige denn irgendetwas politisch zu gestalten wäre.

Durch diese Kürzungen verarmt das öffentliche Leben in Bottrop weiter, während gleichzeitig absolut niemand etwas dadurch gewinnt.

Das einzige, was dadurch stärker wird, sind auch hier wieder die Rechtsradikalen, die den Frust darüber nutzen, um ihre Erzählungen von Sündenböcken zu installieren.

Leider funktioniert das erschreckend gut. Und auch, wenn Sie es nicht wahrhaben wollen, Sie werden sich noch umschauchen, was ihre Politik der letzten Jahre gerade in Welheim und

anderen Teilen des Südens mit Ihnen und vor allem mit dem braunen Balken bei der Kommunalwahl gemacht haben wird.

Denn Sie stärken die braune AfD gleich doppelt: Durch den Abbau der öffentlichen Infrastruktur, wodurch Menschen sich mehr und mehr abgehängt fühlen, und durch das Fehlen demokratischer Debatte und der Unterscheidbarkeit von SPD, CDU und Verwaltung.

Bevor Sie sich alle von den anderen Fraktionen und Gruppen hier überbieten mit Vorschlägen zur Kürzung der Fraktionszuwendungen, sollten Sie vielleicht einen Moment überlegen, ob diese Mittel nicht auch einen Sinn haben. Nämlich öffentlich transparent über seine kommunalen Entscheidungen zu informieren und zur Willensbildung beizutragen.

Die Frage der neuen Gesamtschule mal ausgenommen, habe ich als Bürger bei CDU, SPD, Grünen, FDP und ödp weder auf deren Webseiten noch auf deren Social Media Profilen



Einblick darin, wie Sie sich zu einzelnen aktuellen Fragen der Kommunalpolitik positionieren.

Mein Appell an Sie alle ist: Wir müssen nicht jeder 100 Anträge zum Haushalt stellen. Aber ein bisschen mehr Debatte, Auseinandersetzung, Öffentlichkeitsarbeit, Unterscheidbarkeit, täten unserer Demokratie sichtlich gut.

Und um zu ermöglichen, dass Kommunen überhaupt noch finanziellen Raum für politische Debatte und Veränderungen haben, Herr Kämmerer, Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, verklagen wir endlich das Land auf auskömmliche Kommunalfinanzen.

Die Gemeinden in NRW brauchen dauerhaft und nachhaltig ein größeres Stück vom Kuchen, um ihren Aufgaben nachkommen zu können. Und wenn das Land dauerhaft nicht bereit dazu ist, einen verfassungsgemäßen Zustand herzustellen, muss man vor Gericht ziehen.

Wie lange muss der Vormarsch der Faschisten nach andauern, bis Sie endlich bereit sind, denen den Nährboden für Ihre Hetze zu entziehen?

Dieser Haushalt macht davon leider noch das genaue Gegenteil - Er bereitet keine solche Verfassungsklage vor, er macht nichts gegen die soziale Schieflage, deshalb lehnen wir Bottroper Sozialisten als Antifaschisten diesen Haushalt in allen seinen Facetten ab.

Vielen Dank.